

meinschaften, ebenso wächst auch das Angebot an Mehrgenerationenwohnen.

Das Ziel heißt also: Nicht immer mehr vom gleichen, sondern möglichst viele Angebote, die sich ergänzen und ineinander übergehen können.

Dieses Ziel werden wir auch als Sozial- und Jugendamt in Konstanz verfolgen.

Eine letzte große Frage stellt sich noch: Wie gewinnen wir in Zukunft Personal für die Pflege? Denn für viele, die in der Pflege arbeiten ist es noch immer ein erfüllender Beruf, ein Beruf in dem sie viel geben, aber auch viel zurückbekommen. Die Erfahrungen zeigen, dass es schwierig ist junge Menschen für diesen Beruf zu begeistern, dass es aber sehr erfolgreich sein kann, Menschen nach der Familienphase zu gewinnen. Viele haben dann durch die eigenen Erfahrungen mit der Familie ein anderes Selbstverständnis entwickelt und können sich diesen Beruf sehr viel besser vorstellen als in jungen Jahren. Sie haben sich oft schon um die eigenen Eltern gekümmert und wissen welche Anforderungen an sie gestellt werden. Sie zu gewinnen wird die große Herausforderung für die Pflegedienste und Einrichtungsträger sein. Ob mit besserer Bezahlung, mit beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten, Wohnangeboten, es gibt einige Möglichkeiten zur Personalgewinnung, die ausgeschöpft werden können.

Der Schauspieler Joachim Fuchsberger hat den Satz „Alt werden ist nichts für Feiglinge“ als Titel für sein Buch genommen. Für Feiglinge mag Altwerden nun wirklich nicht sein, aber es ist auch kein Grund zu Verzweifeln und sich den Horrorszenarien mancher Statistiken zu ergeben. Denn eines ist sicher: Alt werden wir alle, die Frage ist nur, wie wir uns darauf vorbereiten und damit umgehen.

**Ute Seifried**  
Sozial- und Jugendamt Konstanz

## Gemeinderatsprotokoll vom 20.12.2012 TOP Jungerhalde - Weiteres Vorgehen

Es wird festgestellt, dass kein Mitglied des Gremiums an der Beratung und Beschlussfassung teilnimmt, das im Sinne des §18 Gemeindeordnung Baden-Württemberg befangen ist.

**Herr BM Boldt** erklärt, es gehe heute nicht um die Frage, welches Konzept für Einrichtungen von älteren Menschen zukunftsfähig sei, sondern alleine darum, den Trägern zu signalisieren, dass nun zwei Drittel der Flächen an der Jungerhalde für Pflegeeinrichtungen zur Verfügung stehen würden. Es bestehe nun die Möglichkeit einer Realisierung von bis zu 60 Plätzen. Der nächste Schritt sei dann, die Arbeiterwohlfahrt (AWO) aufzufordern, das bereits vorhandene Konzept im Hinblick auf die größere zur Verfügung stehende Fläche zu überarbeiten. Die anderen örtlichen Akteure wie die Diakonie, Spitalstiftung und die Caritas würden ebenfalls wegen der nun größeren zur Verfügung stehenden Fläche angesprochen werden. Die Konzepte würden dann auf ihre Zukunftsträchtigkeit hin bewertet werden. Die

Träger würden nach der heutigen Beschlussfassung angeschrieben werden. Danach werde in einer Sitzung des Gemeinderates erneut eine Beratung stattfinden.

**Herr StR Wallisch (FGL)** erläutert, warum das Thema auf Antrag seiner Fraktion zunächst im Sozialausschuss behandelt werden solle. Die neuesten Erkenntnisse seien nicht in die vorgelegte Sitzungsvorlage eingeflossen. Er zitiert aus einer Sitzungsvorlage für den Spitalausschuss und verweist weiter auf die am 06.12.2012 stattgefundenen Veranstaltung in Allmannsdorf über die alternativen Wohn- und Pflegekonzepte für ältere Menschen. Eine Kernaussage von Frau Professorin Kricheldorf sei gewesen, „dass man nicht zum Ziel komme, wenn man von dem Gleichen immer mehr fordere“. Würde man aufgrund der heutigen Situation die Statistiken hochrechnen, sei es klar, dass das Pflegeheim in dieser Form benötigt werde. Es sei jedoch bezweifelt worden, ob dies ein zukunftsträchtiges Projekt sei. Die vorgelegte Sitzungsvorlage GR 2012- 275 mit dem Beschlussantrag zur Variante 4 sei deshalb etwas enttäuschend gewesen und solle mit den neuen Erkenntnissen und den Informationen der Bürgervereinigung überarbeitet werden.

**Herr BM Boldt** meint, die Aussagen von Herrn StR Wallisch (FGL) würden nicht im Widerspruch zu dem vorgeschlagenen Beschlussantrag stehen. Die Themen bezüglich Pflegegemeinschaften, der Kombination mit ambulanten Diensten etc. würden im nächsten Schritt, bei Vorliegen der Konzepte erörtert werden. Im Übrigen müsse man nicht 60 Plätze schaffen, sondern es gebe lediglich die Möglichkeit, eine größere Anzahl von älteren Menschen dort zu betreuen.

**Herr StR Müller-Fehrenbach (CDU)** meint, der Standort müsse natürlich auch wirtschaftlich sein. Seine Fraktion begrüße den vorgelegten Beschlussantrag. Nach dem ersten Schritt solle eine Bürgerbefragung stattfinden. Für die BürgerInnen in dem Stadtteil sei dies eine echte Chance.

**Herr StR Leipold (SPD)** gibt an, seit Jahren habe man die Erkenntnis, dass es zu wenige Pflegeplätze gebe. Zum Beschlussantrag der Variante 4 stellt er den Antrag, zusätzlich als Investoren die WOBAK Konstanz GmbH und die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Konstanz e.V. (AWO) als Betriebsträger mit aufzunehmen.

**Herr BM Boldt** widerspricht diesen Anträgen und meint, es sei ein Gebot der Fairness, wenn die örtlichen Akteure nochmals befragt würden. Die AWO habe bereits ein gutes Konzept vorgelegt und die Spitalstiftung werde ebenfalls noch ein Konzept vorlegen. Inwieweit die Caritas und die Diakonie Interesse hätten, sei noch nicht bekannt.

**Herr StR Dr. Weisschedel (FWG)** stellt fest, es gebe einen dringenden Platzbedarf für eine stationäre Pflege. Heute müsse eine Entscheidung getroffen werden.

**Frau Seifried (SJA)** spricht den Vortrag bei der Veranstaltung in Allmannsdorf an. Man benötige einen Pflegemix, stationäre Plätze, teilstationäre Plätze und ambulante Hilfen. Auch gute nachbarschaftliche Netzwerke gehörten dazu. Bei der Jungerhalde gehe es nicht um entweder oder, sondern um sowohl als auch. Würde eine stationäre und auch ambulante Pflege von einem Akteur angeboten werden, sei dies optimal. Auf die Landesheimbauverordnung zu warten, koste zu viel Zeit und man verliere dadurch nochmals ein Jahr.

**Frau StR'in Hemm (LLK)** äußert, die Variante 4 des Beschlussantrages halte ihre Gruppierung für am geeignetsten, weil sie nicht nur den Bedarf an Grundschulen und Kindertagesstätten (Kitas) decke, sondern eben auch Pflegeeinrichtungen mit bis zu 60 Plätzen und seniorenge-

rechte Wohnungen vorsehen. Sie hält hierzu die Ergänzung „zu erschwinglichen Mieten“ für erforderlich. Die weiteren Schritte mit

Bürgerbeteiligung und der Einbeziehung der WOBAK Konstanz GmbH könnten gut nachvollzogen werden. Es bleibe zu hoffen, dass das Projekt möglichst zügig voranschreite, um dem Nachholbedarf bei Kitas und Pflegeplätzen bald gerecht zu werden.

**Herr StR Fecker (CDU)** stellt den Antrag, die Bürger zum Sachstand zwischen der ersten und zweiten Phase rechtzeitig zu informieren.

**Herr BM Boldt** sagt zu, den Ablaufplan so zu ändern, dass zwischen dem ersten und zweiten Schritt eine Bürgerinformation stattfinden werde. Die alternativen Konzepte setzten alle voraus, dass diese bürgerschaftliches Engagement beinhalten sollten, erklärt

**Herr StR Tscheulin (CDU)**. Im Übrigen schließe er sich den Ausführungen von Herrn BM Boldt bezüglich der Anfragen bei der Caritas und der Diakonie an.

**Herr StR Müller-Neff (FGL)** meint, die Beschlussfassung gebe zunächst nur einen formalen Weg vor und öffne eine im Sozialausschuss zu führende Diskussion. Für die Investoren, für die Betreiber und für die Bürger sei alles noch offen. Die Verwaltung habe die Variante 4 der Sitzungsvorlage GR 2012-275 vorgeschlagen. Den Bürgern habe man versprochen, zwei Workshops durchzuführen und dies müsse auch unbedingt gemacht werden. Es gebe keinen Anlass, nur eine Information durchzuführen. Er glaubt, Herr OB Burchardt sei konsequenter als in der Vergangenheit der grüne Oberbürgermeister, der diese Workshops in Frage gestellt habe. Er fragt an, wie die Workshops konkret stattfinden würden. Er habe es so interpretiert, dass im dritten Schritt ein Halbtags Workshop stattfinden solle und im sechsten Schritt ebenfalls noch ein Workshop. Damit werde gewährleistet, dass die Bürgerschaft in diesem Gebiet mitbestimmen könne.

**Herr BM Boldt** bestätigt die Aussage, dies sei in der Sitzungsvorlage GR 2012-275 auch vermerkt. Zwischen dem ersten und zweiten Schritt sei geplant, eine weitere, dritte Bürgerbeteiligung durchzuführen. Die BürgerInnen würden nochmals zu einem Gespräch (zu einer Diskussion bzw. Information) eingeladen werden.

**Frau StR'in Leipold (SPD)** erinnert, im Bereich der Jungerhalde habe ein Wettbewerb stattgefunden, in dem unterschiedliche Pflegekonzepte besprochen worden seien. Es habe einen ersten Preis gegeben und die Caritas habe sich zurückgezogen. Man sei sich im Klaren darüber gewesen, dass dort ein Pflegeheim benötigt werde. Die sich aufzeigende Alterspyramide müsse ebenfalls gesehen werden. Sie meint, Bürgerbeteiligungen seien immer gut, es müsse aber auch ein Konzept für zu treffende Entscheidungen geben.

**Herr BM Boldt** erwidert, wenn der erste Schritt vollendet sei, gebe es ein Konzept und eine fachliche Bewertung des Sozial- und Jugendamtes. Insofern läge bereits zur ersten Bürgerbeteiligung eine Information vor.

**Herr StR Allweiss (FGL)** äußert sich dankbar für die Präzisierungen während der Diskussion. Er erinnert, nach der früheren Feststellung einer zu kleinen Fläche habe trotzdem nie ein Ausstieg zur Diskussion gestanden und man habe versucht zu klären, wie dort eine Realisierung von Plätzen für ältere Menschen ermöglicht werden könne. Entscheidend sei nun, dass es mehr Fläche in Allmannsdorf geben würde und Plätze für Menschen geschaffen werden sollten, die ihr ganzes Leben in Allmannsdorf gelebt haben. Zu dem vorgeschlagenen Beschlussantrag gebe er seine Zustimmung, da

das Missverständnis nun geklärt sei und die neuen Ideen aufgenommen werden.

**Herr StR Wallisch (FGL)** meint, würde das Konzept bedeuten, diese Fläche für Pflege allgemein zu reservieren, könne er dem Beschlussantrag ebenfalls zustimmen.

**Herr StR Müller-Fehrenbach (CDU)** erklärt, der Hinweis von Herrn StR Allweiss (FGL), man habe nie über einen Ausstieg nachgedacht, sei falsch. Die am 24. Oktober 2012 vorgelegte Sitzungsvorlage habe einen Ausstieg bedeutet. Im Übrigen ist er der Auffassung, die frühzeitige Bürgerbeteiligung sei dazu da, Ideen aufzugreifen. Bei der stattgefundenen Veranstaltung in Allmannsdorf sei darauf hingewiesen worden, dass durch eine neue Konzeption eine andere Diskussion stattfinden könne. Mit der Zustimmung zum heutigen Beschlussantrag werde diese Möglichkeit eröffnet.

**Herr StR Leipold (SPD)** informiert zu seinem gestellten Antrag, dass dieser in zwei Ergänzungsanträge geteilt werden solle: 1. Der Gemeinderat wird die WOBAK Konstanz GmbH als Bauträger mit aufnehmen. 2. Der Gemeinderat wird die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Konstanz e.V. (AWO) als Betriebsträger mit aufnehmen.

**Herr BM Boldt** verweist auf seine bereits getätigte Gegengrede. Zur WOBAK Konstanz GmbH gibt er zu bedenken, dass die Spitalstiftung zum Zuge kommen sollte. Diese würde auch mit der WOBAK Konstanz GmbH bauen. Falls aber die Caritas und die Diakonie aufgefordert werden sich zu beteiligen, könne nicht ausgeschlossen werden, dass diese dem Projekt positiv gegenüber stehen würden. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse man dies nicht festlegen. Die möglichen Alternativen würden dann unnötigerweise eingeschränkt werden.

**Herr StR Fecker (CDU)** merkt auf die aufgeworfene Frage zu einer möglichen Befangenheit an, dass die Aufsichtsräte der WOBAK Konstanz GmbH vom Gemeinderat entsandt werden und deshalb bei diesen Abstimmungen nicht befangen seien.

**Frau Löhr (JUS)** bestätigt dies **Abstimmung über den 1. Ergänzungsantrag von Herrn StR Leipold (SPD):**

Der Gemeinderat wird die WOBAK Konstanz GmbH als Bauträger mit aufnehmen.

**Abstimmungsergebnis: 20 Ja - 14 Nein - 5 Enthaltungen  
39 Stimmberechtigte - Antrag angenommen**

**Abstimmung über den 2. Ergänzungsantrag von Herrn StR Leipold (SPD):** 2. Der Gemeinderat wird die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Konstanz e.V. (AWO) als Betriebsträger mit aufnehmen.

**Abstimmungsergebnis: 17 Ja - 19 Nein - 3 Enthaltungen  
39 Stimmberechtigte - Antrag abgelehnt**

**Gesamtabstimmung mit der beschlossenen Ergänzung, die WOBAK Konstanz GmbH als Bauträger mit aufnehmen.**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Variante 4 nach dem beigefügten Ablaufplan (Anlage 2 der Sitzungsvorlage GR 2012-275) als Grundlage für die Auslobung und Durchführung eines Wettbewerbes mit den dazu erforderlichen Planungsschritten umzusetzen. **Die WOBAK**

**Konstanz GmbH wird als Bauträger mit aufgenommen.  
Abstimmungsergebnis: 39 Ja - 0 Nein - 0 Enthaltungen  
39 Stimmberechtigte - Antrag angenommen**